

Bundesregierung versäumt Stichtag zur Anmeldung verschärfter Reduktionsziele beim UN-Klimasekretariat

Der 9. Februar war ein ganz besonderes Datum. An diesem Tage endete die Frist, in der die Unterzeichnerstaaten der Pariser Klimaübereinkunft, ihre verschärften Emissionssenkungsziele sog. NCD's (National Determined Contributions) der UN hätten gemeldet werden sollen.

Doch nur drei der fast 200 Unterzeichnerstaaten hielten es für nötig sich daran zu halten und sie zu melden. Es handelt sich dabei um so bedeutende Emittenten wie Norwegen, die Marshall Inseln und Surinam. Diese drei Staaten erzeugen nur 0,1 % der weltweiten Emissionen. Alle anderen schwiegen.

Im offenbar wenig beachteten Paragraphen 25 der Pariser Klimaübereinkunft wurde bereits 2015 festgelegt, dass die Staaten ihre Ziele max. zwölf, aber mindestens neun Monate vor der nächsten UN Klimakonferenz (COP26) im November 2020 hätten melden müssen. Der letzte Tag dafür war nun der 9. Februar. Auch die vom „Klimaschutz“ besessene Bundesregierung schaffte es mal wieder nicht – Vorreiter hin, Vorreiter her – sich an die eigenen Verpflichtungen zu halten. Kein Wunder, dass die UN „sehr enttäuscht“ sind, wie der zuständige UN Beamte Andrew Higham verlauten ließ. Higham ist der zuständige [Chief of Mission 2020](#) bei der UN. Vor fünf Jahren klang Higham noch anders, als er sagte, dass es die klare Absicht der beteiligten Staaten sei, so anspruchsvolle Ziele zu definieren, dass damit die Erderwärmung sicher und deutlich 2 ° C bliebe, evtl. sogar 1,5 ° nicht überstiege. Wie er und die anderen Nationen das Zauber-Kunststück fertigbringen und diese Differenz bestimmen wollten, ohne die entsprechende Referenztemperatur zu kennen, verriet Higham schon damals nicht. Unter dem Aspekt, dass Boris Johnson gerade seine Umweltministerin Clair O'Neill gefeuert hatte, die der kommende COP 26 in Glasgow vorsitzen sollte, darf erwartet werden, dass alle Pariser Ziele glücklicherweise das Papier nicht wert sind, auf dem sie geschrieben wurden.